



Zukunft der Demokratie | 01.2019

Europa hat die Wahl Populistische Einstellungen und Wahlabsichten bei der Europawahl 2019

Repräsentationslücken verursachen Populismus: Wer sich schlecht repräsentiert fühlt, denkt und wählt populistischer. Das gilt auch für die Europawahl 2019. Einig sind sich die Populisten aber nur in ihrer EU-Skepsis und Demokratiekritik. In Sachfragen sind die Wähler der Links- und Rechtspopulisten noch stärker gespalten als die Wähler der etablierten Parteien. Das erschwert die Bildung neuer Mehrheiten im neuen Europaparlament.

„Für“ oder „gegen“ Europa? Als Links- oder Rechtspopulist demokratiekritisch „gegen“ die EU, oder mit den gemäßigt-etablierten Parteien „dafür“? Diese Konfliktlinie prägt den Europawahlkampf 2019. Aber entspricht das auch den Präferenzen der Wähler? Die Ergebnisse einer repräsentativen 12-Länder-Umfrage zur Europawahl 2019 zeigen: Nein! Ginge es im neuen Europaparlament nach ihnen, verliefen die Konfliktlinien nicht nur zwischen Populisten und Etablierten, sondern auch zwischen einem ökonomisch und kulturell jeweils linken und rechten Wählerlager. Links- und Rechtspopulisten einigt nur ihre Demokratieuunzufriedenheit und EU-Skepsis. In Sachfragen sind sie noch tiefer gespalten als die Parteien des gemäßigt-etablierten Meinungsspektrums. In ihren ökonomischen und kulturellen Präferenzen stimmen die Wähler linkspopulistischer und -extremer Parteien

sehr viel stärker mit den Wählern sozialistischer, sozialdemokratischer und grüner Parteien überein. Gleichzeitig ähneln die Wählerpräferenzen rechtspopulistischer und -extremer Parteien stärker denen der Christdemokraten und Konservativen. Lediglich die Wähler liberaler Parteien sympathisieren in ökonomischen Fragen mit dem rechten und in kulturellen Fragen mit dem linken Wählerlager. Für das neue Europaparlament bedeutet das: Ohne die populistisch-extremen Ränder sind Konsens und positive Mehrheiten nur in einer großen Koalition der meisten etablierten Parteien des gemäßigten Links-Rechts-Spektrums möglich. Gelingt dieser Brückenschlag nicht, führen negative Mehrheiten zu Selbstblockade und Stillstand in Europa. Je stärker die populistisch-extremen Ränder werden, umso wahrscheinlicher wird ein solches Szenario. Aber noch hat Europa die Wahl!

Repräsentation und Populismus

Verstärkt fehlende Repräsentation populistische Sichtweisen? Macht die Wahrnehmung, die eigenen Positionen und Interessen würden von den Parteien nicht hinreichend vertreten, Menschen populistischer?

Zu diesen Fragen gibt es zahlreiche und theoretisch auch gut begründbare Vermutungen. Empirische Belege für einen Kausalzusammenhang zwischen Repräsentation und populistischen Einstellungen gibt es bislang kaum. Diese Lücke zu schließen, ist eines der Ziele der vorliegenden Studie.

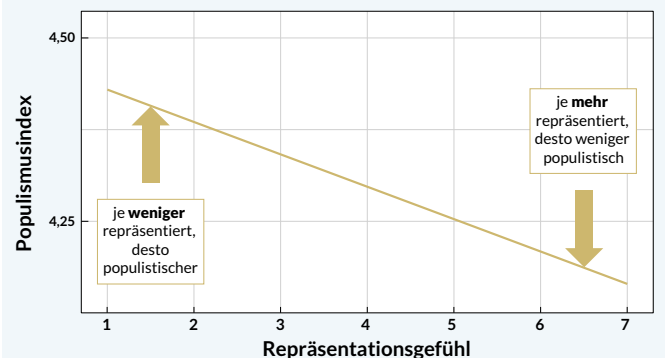
Um den Kausalzusammenhang zwischen Repräsentation und Populismus empirisch zu untersuchen, haben wir ein innovatives Umfrage-experiment konzipiert und durchgeführt.

Primäres Ziel des Experiments war es, das Repräsentationsgefühl der Menschen zufällig zu verändern, um die Auswirkungen eines geringeren Repräsentationsgefühls auf populistische Einstellungen zu messen. Zu diesem Zweck wurden die Befragten zunächst nach ihren Positionen zu verschiedenen europäischen Politikthemen befragt, die in der öffentlichen Diskussion zur Europawahl eine Rolle spielen. Im Anschluss daran wurden ihnen zufällig ausgewählte Parteiszenarien gezeigt, die sich darin unterschieden, ob und wie sehr ihre eigene Position zu einem Thema von den Parteien ihres Landes im Europawahlkampf vertreten wird. Daraufhin konnten die Befragten dann angeben, wie sehr sie sich in diesem Szenario durch die Parteien ihres Landes repräsentiert fühlen. Abschließend wurden sie zu verschiedenen, typisch populistischen Einstellungen befragt, um den Grad ihres

individuellen Populismus zu messen. Durch diesen Versuchsaufbau konnte dann statistisch ermittelt werden, ob die subjektiv gefühlte Repräsentation der Menschen einen Einfluss auf den Grad ihrer populistischen Einstellungen hat: Äußern sich schlecht Repräsentierte populistischer?

Die kurz zusammengefasste Antwort auf diese Frage lautet: Ja – zumindest für solche Befragten, die eigentlich nicht populistisch eingestellt sind.

Der Repräsentationseffekt – je schlechter repräsentiert, desto populistischer



Methode: Strukturgleichungsmodelle

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Die Ergebnisse der Analyse zeigen: Repräsentationslücken können Populismus aktivieren und verstärken. Schlechtere Repräsentation von Parteien in Demokratien kann zu einer Zunahme populistischer Einstellungen führen. Für den Kampf gegen Populismus bedeuten diese Ergebnisse: Gute Repräsentation kann helfen, die Ausbreitung von populistischen Einstellungen zu begrenzen. Das Bemühen der Parteien, die verschiedenen Positionen und Interessen in der Gesellschaft besser abzubilden und im politischen Prozess zu vertreten, ist ein erfolgversprechendes Mittel, um einer weiteren Ausbreitung von populistischen Einstellungen in repräsentativen Demokratien zu begegnen.

Aber was bedeutet das für den Umgang mit populistischen Einstellungen in Europa im Vorfeld der Europawahl 2019?

Vor allem zwei Dinge erscheinen uns vor dem Hintergrund unserer Ergebnisse über den Zusammenhang von Repräsentation und populistischen Einstellungen besonders wichtig:

Quellenverweis:

Alle Analysen, Zahlen und Abbildungen dieses EINWURF beruhen auf den Ergebnissen der Studie: „Europa hat die Wahl – Populistische Einstellungen und Wahlabsichten bei der Europawahl 2019“ von Cristóbal Rovira Kaltwasser, Robert Vehrkamp und Christopher Wratil, Gütersloh 2019. Der vorliegende Text entspricht textgleich einer leicht gekürzten Version der dort veröffentlichten Executive Summary. Der Studie liegt eine multinationale Online-Umfrage zugrunde. Die nationalen Stichproben der Befragten sind jeweils repräsentativ für die bei der Europawahl 2019 wahlberechtigte Bevölkerung in jedem der zwölf untersuchten europäischen Länder. Die Umfrage wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung von YouGov in einer Befragungswelle im Januar 2019 durchgeführt. Insgesamt wurden 23.725 Befragte aus zwölf Mitgliedstaaten der EU interviewt (Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Schweden, Spanien, Ungarn). Alle weiteren Einzelheiten und methodischen Erläuterungen finden sich im Kapitel „Über die Studie“ sowie im methodischen Anhang der Studie.

Zum einen zeigt unsere Analyse, dass sich das Bemühen der Parteien um das Repräsentationsgefühl der Wählerinnen und Wähler lohnt. Repräsentation zählt! Sie ist ein wichtiger Beitrag gegen die weitere Ausbreitung populistischer Einstellungen. Ein Ziel also, das jede Anstrengung lohnt!

Zum anderen sind Wahlkampagnen für die Verbesserung der Repräsentation immer eine besondere Chance: Durch das Aufgreifen, Setzen und die kontroverse Diskussion von wichtigen Themen können die Parteien in Wahlkampagnen das Repräsentationsgefühl der Wählerinnen und Wähler verbessern, und der Ausbreitung populistischer Einstellungen vorbeugen.

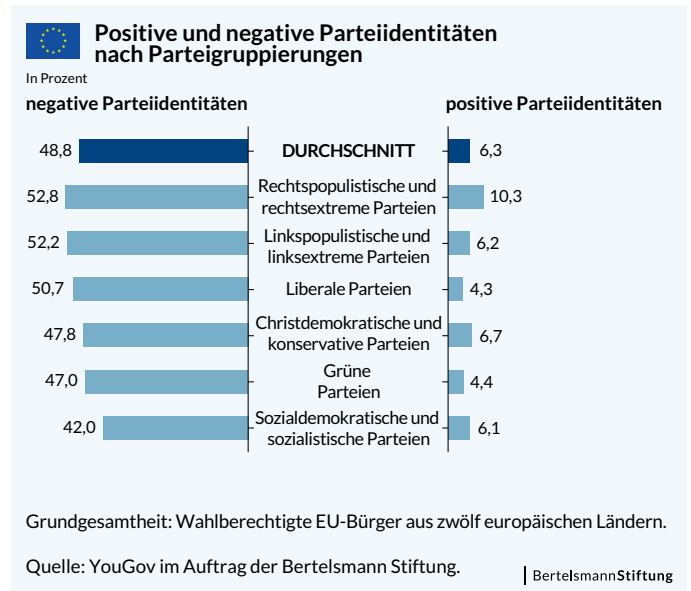
Aber treffen Wähler ihre Wahlentscheidungen eher für oder eher gegen eine Partei? Stimmen sie also für die Partei, die ihre Interessen, Einstellungen und Präferenzen am besten vertritt? Oder stimmen sie eher gegen andere Parteien, die sie auf keinen Fall unterstützen und deren Wahlerfolg sie verhindern wollen? Diese Fragen haben wir durch die empirische Messung und Interpretation positiver und negativer Parteiidentitäten untersucht.

Die (vergessene) Relevanz negativer Parteiidentitäten

Es besteht kein Zweifel daran, dass die positive Identifikation der Wählerinnen und Wähler mit den etablierten politischen Parteien in ganz Europa abnimmt. Aber welche Rolle spielen negative Parteiidentitäten, also die explizite Ablehnung von Parteien für ihr Wahlverhalten und ihre Wahlentscheidungen?

Dazu gibt es bisher nur wenig empirische Forschung in Europa. Aus diesem Grund haben wir in der vorliegenden Studie für die zwölf untersuchten Länder empirische Maße für negative und positive Parteiidentitäten zunächst theoretisch konzipiert und dann praktisch erhoben. Eine positive Parteiidentität gegenüber einer Partei wird dabei denjenigen Befragten zugeschrieben, die angegeben haben, bei Europawahlen, nationalen Wahlen und regionalen Wahlen jeweils „auf jeden Fall“ für eine bestimmte Partei stimmen zu wollen. Spiegelbildlich haben Personen eine negative Parteiidentität gegenüber einer Partei, wenn sie bei jeder der drei abgefragten Wahlen „auf keinen Fall“ für diese Partei stimmen wollen.

Die Abbildung unten zeigt jeweils den Durchschnitt der positiven und negativen Parteiidentitäten für die sechs wichtigsten europäischen Parteigruppierungen, die wir analysiert haben:



Dabei zeigt sich:

■ Positive Parteiidentitäten sind deutlich weniger verbreitet als negative Parteiidentitäten. Das könnte darauf hinweisen, dass viele Bürger nicht in erster Linie für die Partei stimmen, der sie sich am stärksten verbunden fühlen, sondern auch gegen Parteien votieren, die sie am stärksten ablehnen. Sie wählen dann eine Partei, die ihnen den sichersten Schutz vor den Parteien zu versprechen scheint, die sie am stärksten ablehnen, deren Wahlerfolg sie also auf jeden Fall verhindern wollen.

■ Das Niveau der positiven Parteiidentitäten ist bei den beiden traditionellen Parteigruppierungen des etablierten Spektrums nahezu identisch, liegt aber im Vergleich zu den Rechtspopulisten und Rechtsextremen deutlich niedriger. Den höchsten Anteil an Wählern mit einer positiven Parteiidentität besitzen die rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien: 10,3 Prozent der befragten Wahlberechtigten in den zwölf untersuchten europäischen Ländern besitzen eine positive Parteiidentität mit einer rechtspopulistischen oder rechtsextremen Partei.

■ Die beiden Parteigruppierungen am linken und rechten Rand haben nicht nur die stärksten

positiven Parteiidentitäten, sondern haben gleichzeitig auch ein besonders hohes Niveau an negativen Parteiidentitäten (52,2 beziehungsweise 52,8 Prozent). Mit anderen Worten: Diese Parteigruppierungen haben nicht nur eine solide Basis von Stammwählern, sondern auch eine große Zahl an scharfen Kritikern. Das zeigt auch: Die Adaption der Ideen und Rhetorik dieser beiden Parteigruppierungen kann für andere Parteien eine riskante Strategie sein, da eine Mehrheit der Wähler sie dezidiert ablehnen.

Unsere Ergebnisse haben auch eine hohe Relevanz für die Europawahl und den Europawahlkampf 2019: Vor dem Hintergrund abnehmender positiver Parteiidentitäten in ganz Europa könnte die Mobilisierung negativer Identitäten eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Gerade in der Konfrontation zwischen etablierten und populistischen Parteien scheint die Mobilisierung negativer Identitäten in Europa derzeit immer wichtiger zu werden: Populistische Parteien mobilisieren gegen die etablierten Parteien, während die etablierten Parteien zunehmend auf die (Gegen-) Mobilisierung von Wählern gegen die populistischen Parteien setzen.

Welche politischen Konfliktlinien aufseiten der Wählerinnen und Wähler ergeben sich daraus und wie prägen sie die Europawahl 2019 und voraussichtlich auch das neue Europäische Parlament?

Gespaltenes EU-Parlament: Populisten gegen Etablierte?

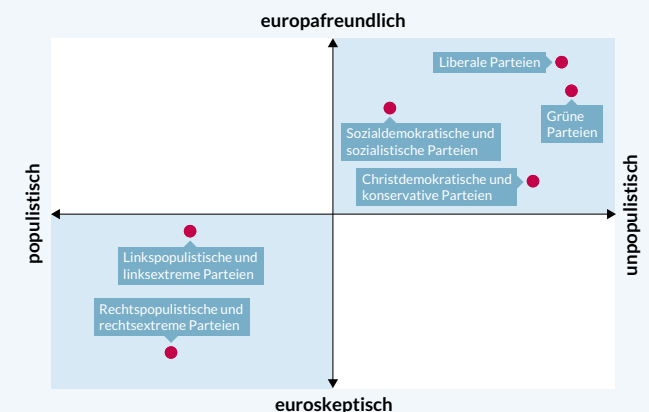
Ist die Europawahl vor allem ein Kampf zwischen „Etablierten“ und „Populisten“, zwischen „Europabefürwortern“ und „Europaskeptikern“, oder gar zwischen „Demokratieanhängern“ und „Demokratiegegnern“?

Das Gesamtbild zeigt: Wenn es um Einstellungen gegenüber dem politischen System geht, – also um populistische Einstellungen, die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU sowie die Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU –, verlaufen die Konfliktlinien zwischen den Parteianhängern ganz anders als in ökonomischen und kulturellen Fragen:

Bei populistischen Einstellungen und den Einstellungen zum EU-System zeigt sich eine klare Polarisierung zwischen den Anhängern der etablierten Parteien (Christdemokraten, Konservativen,

Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen) auf der einen und den Anhängern von populistischen und extremistischen Parteien – links wie rechts – auf der anderen Seite. Während die Anhänger der Etablierten mit der Demokratie und der EU-Mitgliedschaft überwiegend zufrieden und wenig populistisch eingestellt sind, lehnen die Anhänger der Populisten und Extremisten die EU-Mitgliedschaft stärker ab, sind unzufriedener mit der EU-Demokratie und populistischer eingestellt.

Gespaltenes EU-Parlament? – Euroskeptizismus



Anmerkung: Die Punkte zeigen den gewichteten Durchschnitt für Wähler der Parteigruppierungen, die Achsen zeigen den gewichteten Durchschnitt aller Wahlberechtigten. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

In ökonomischen und kulturellen Fragen zeigt sich hingegen eine eher klassische ideologische Links-Rechts-Konfliktlinie mit den Anhängern konservativer, rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien an einem und den Anhängern grüner, sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien sowie linkspopulistischer und linksextremer Parteien am anderen Ende.

Die Konfliktlinie zwischen den Anhängern der etablierten und der populistischen und extremen Parteien zeigt sich sehr deutlich bei der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft. Parallel wurde anhand von acht typisch populistischen Aussagen gemessen, wie populistisch eingestellt jemand ist. Daraus ergibt sich eine Verortung der Anhänger der europäischen Parteigruppierungen in einem Populismus/Euroskeptizismus-Raum:

In den vier Quadranten des Populismus/Euroskeptizismus-Raums zeigt sich dann sehr deutlich:

Die zwei Quadranten populistisch/europafreundlich und unpopulistisch/euroskeptisch bleiben vollkommen unbesetzt. Keine der untersuchten Parteigruppierungen ist überdurchschnittlich populistisch und zugleich überdurchschnittlich europafreundlich oder überdurchschnittlich unpopulistisch und zugleich überdurchschnittlich euroskeptisch.

Die Anhänger aller Parteigruppierungen verorten sich damit ausschließlich in den beiden verbleibenden Quadranten rechts oben (= überdurchschnittlich unpopulistisch und zugleich überdurchschnittlich europafreundlich) oder links unten (= überdurchschnittlich populistisch und zugleich überdurchschnittlich euroskeptisch).

In dem unpopulistisch-europafreundlichen Quadranten befinden sich die Wähler aller etablierten Parteigruppierungen. Am stärksten unpopulistisch und europafreundlich zeigen sich die Wähler der Grünen und der Liberalen, während sich die Anhänger der Gruppe der christdemokratischen und konservativen Parteien im Vergleich zum Durchschnitt der Wählerschaft noch etwas weniger populistisch als europafreundlich zeigen und die Wähler der Gruppe der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien etwas europafreundlicher als populistischer. Im populistisch-euroskeptischen Quadranten finden sich dagegen die Anhänger der links- und rechtspopulistischen beziehungsweise -extremen Parteigruppierungen. Während ihr Grad des Populismus vergleichbar stark ausgeprägt ist, unterscheiden sie sich in der Ausprägung ihres Euroskeptizismus: Die Wählerschaft der links-populistischen und -extremen Parteien zeigt sich deutlich weniger euroskeptisch als die Wählerschaft der rechtspopulistischen und -extremen Parteien. Dennoch zeigen sich die Anhänger beider Parteigruppierungen deutlich euroskeptischer als der Durchschnitt aller Wähler und als die Wähler aller etablierten Parteigruppierungen. Nahezu das gleiche Bild wie bei der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft zeigt sich bei der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU.

Zusammenfassend bleibt deshalb festzuhalten: Die Konfliktlinie „Etablierte“ gegen „Populisten & Extreme“ zeigt sich bei der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft und der allgemeinen Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU sehr deutlich. Es offenbaren sich in diesen Einstellungen zum politischen System zwei klar voneinander

getrennte Parteienlager: Die Anhänger der etablierten Parteien stehen gegen das euroskeptische und mit der Demokratie in der EU unzufriedene Lager der Anhänger der populistischen und extremen Parteien am linken und rechten Rand.

Das ist genau die im laufenden Europawahlkampf zunehmend zitierte und den Wahlkampf und seine politische Rhetorik prägende Unterscheidung zwischen den „Europabefürwortern“ und „Europaskeptikern“ sowie den „Etablierten“ und „Populisten“.

Aber wie ähnlich sind sich die Wähler der Links- und Rechtspopulisten, wenn es um ökonomische und kulturelle Fragen geht?

Mit anderen Worten: Wie einheitlich ist ihr Bild für eine zukünftige Stoßrichtung der europäischen Politik?

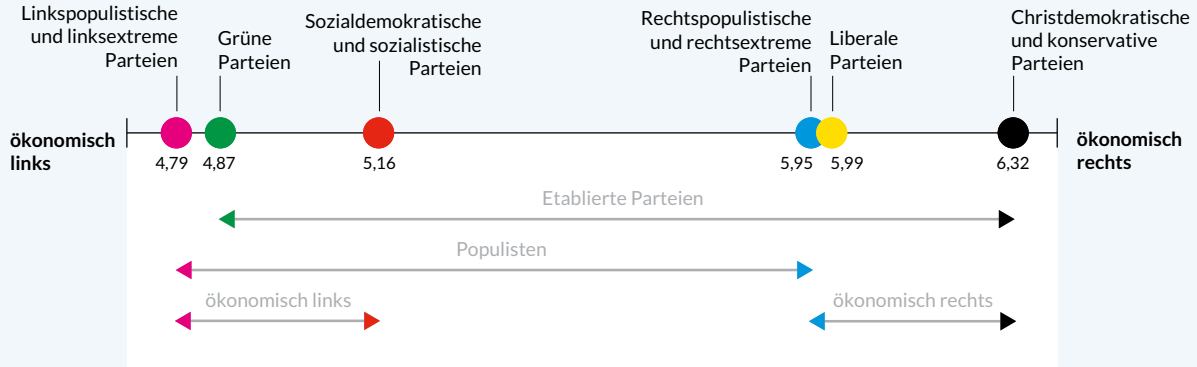
Links gegen Rechts I – Die ökonomische Dimension

Zur Beantwortung dieser Fragen ist es hilfreich, die Wähler der Parteigruppierungen vor der Europawahl 2019 nach ihren ökonomischen und kulturellen Links-Rechts-Orientierungen zu betrachten. Dazu wurden in dieser Studie zwei additive Indizes gebildet, die die Präferenzen und Einstellungen der befragten Parteianhänger auf einer ökonomischen und einer kulturellen Dimension verorten.

Die Abbildung auf Seite 6 zeigt: Im ökonomisch linken Spektrum befinden sich ganz links die Anhänger linkspopulistischer und linksextremer Parteien mit einem durchschnittlichen Indexwert von 4,79. Direkt daneben positionieren sich die Anhänger der grünen Parteien (4,87) und kurz darauf die Anhänger der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien (5,16). Diese drei Parteigruppierungen befinden sich deutlich links vom Durchschnitt aller Wahlberechtigten (5,61). Deutlich rechts vom Durchschnitt verorten sich dagegen die Anhänger der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien (5,95), der liberalen Parteien (5,99) und der christdemokratischen und konservativen Parteien (6,32).

In der aggregierten Darstellung der ökonomischen Links-Rechts-Orientierung zeigt sich damit eine klare Lagerbildung zwischen den Anhängern der beiden dem Namen nach „linken“ und der grünen

Ökonomisch links oder rechts?



Anmerkung: Die Punkte zeigen den gewichteten Durchschnitt für Wähler der Parteigruppierungen. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Parteigruppierung auf der linken Seite sowie den beiden „rechten“ Parteigruppierungen und den liberalen Parteien auf der rechten Seite.

Das zeigen auch die Distanzpfeile zwischen den unterschiedlichen Parteigruppierungen, deren Länge jeweils anzeigt, wie stark sich die Präferenzen der Wähler verschiedener Parteigruppierungen voneinander unterscheiden: Am weitesten auseinander liegen in der Abbildung die Präferenzen der Wähler der etablierten Parteigruppierungen, weil an ihren Rändern der Indexwert der christdemokratischen und konservativen Parteianhänger um 1,45 Punkte von dem der Grünen abweicht. Am zweitstärksten zeigt sich bei der ökonomischen Links-Rechts-Orientierung die Distanz zwischen den Anhängern der beiden populistischen und extremen Parteigruppierungen: Hier liegt der politische Positionsabstand der Anhänger linkspopulistischer und linksextremer Parteien von den Anhängern rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien bei ebenfalls noch sehr beträchtlichen 1,16 Indexpunkten. Ein anderes Bild zeigt sich dagegen auf der ökonomisch linken beziehungsweise ökonomisch rechten Seite des Spektrums. Dort liegt der politische Positionsabstand der Wähler innerhalb des ökonomisch linken und innerhalb des ökonomisch rechten Parteienlagers bei jeweils lediglich 0,37 Indexpunkten. Zusammenfassend heißt das: Die ökonomischen Präferenzen der Parteianhänger der beiden populistisch-extremen Parteigruppierungen

unterscheiden sich mehr als dreimal so deutlich voneinander wie diejenigen der Anhänger innerhalb des ökonomisch linken und innerhalb des ökonomisch rechten Parteienlagers.

Links gegen Rechts II – Die kulturelle Dimension

Ein ähnliches Bild zeigt sich für die kulturelle Links-Rechts-Orientierung in der Abbildung unten auf Seite 7: Auch hier sind zunächst die Verortungen der jeweiligen Anhänger der europäischen Parteigruppierungen auf der kulturellen Links-Rechts-Dimension abgebildet. Und auch hier zeigt sich ein klares Bild: Im kulturell linken Spektrum befinden sich ganz links die grünen Parteien mit einem durchschnittlichen Indexwert der kulturellen Orientierung ihrer Anhänger von 2,40. Nicht weit entfernt davon positionieren sich die Anhänger der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien (2,94), der linkspopulistischen und linksextremen Parteien (3,02) und der liberalen Parteien (3,08). Die Anhänger dieser vier Parteigruppierungen befinden sich damit deutlich links vom Durchschnitt aller Wahlberechtigter (3,60). Rechts davon verorten sich dagegen die Anhänger der christdemokratischen und konservativen Parteien (3,79) und ganz rechts die Wähler der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien (4,55). Kulturell positionieren sich die Anhänger der liberalen Parteien also deutlich links vom Durchschnitt. Die Anhänger

der liberalen Parteien entziehen sich damit als einzige Gruppe einer eindeutigen übergeordneten Links-Rechts-Zuordnung, weil sie sich ökonomisch rechts und kulturell links zeigen.

Auch für die kulturelle Links-Rechts-Orientierung gilt also: Es zeigt sich ein Kontrast zwischen den Anhängern der beiden linken Parteigruppierungen und der grünen Parteigruppierung sowie den liberalen Parteien auf der linken Seite der kulturellen Links-Rechts-Dimension und den beiden rechten Parteigruppierungen der Christdemokraten und Konservativen sowie der Rechtspopulisten und Rechtsextremen auf der rechten Seite.

Ein anderes Bild zeigt sich dagegen innerhalb des kulturell linken und rechten Spektrums. Dort zeigt sich der politische Positionsabstand zwischen den Wählern der kulturell linken (0,68) und den kulturell rechten Parteigruppierungen (0,76) nur etwa halb so groß.

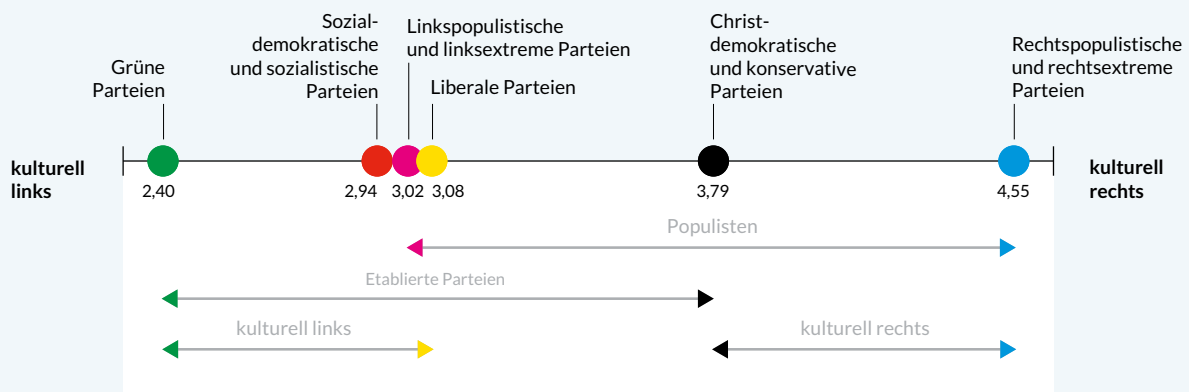
Zusammenfassend heißt das: Die kulturellen Präferenzen der Parteianhänger der beiden populistisch-extremen Parteigruppierungen unterscheiden sich etwa doppelt so stark voneinander wie diejenigen innerhalb des kulturell linken und innerhalb des kulturell rechten Parteienlagers.

Konsequenzen für das neue EU-Parlament

Was lässt sich aus diesen Ergebnissen für das kommende Europäische Parlament ableiten?

In der Theorie und bei reiner Betrachtung der Wählerpräferenzen sind in ökonomischen und kulturellen Sachfragen neue Koalitionen im Europaparlament denkbar – zum Beispiel zwischen Christdemokraten/Konservativen und Rechtspopulisten, deren Wähler sich etwa in kulturellen Fragen teilweise näher stehen als die Wähler von manchen etablierten Parteien. Aber die Vergangenheit zeigt, dass die etablierten Parteien Koalitionen mit den Populisten und Europakritikern überwiegend scheuen. Nicht zufällig zeigen die Daten dieser Studie, dass links und rechts populistische Parteien ein besonders hohes Niveau an negativen Parteiidentitäten haben. Gerade im Europaparlament hat der proeuropäische Konsensus der Etablierten starke Bindungskraft und hat immer wieder ideologische Unterschiede zwischen den etablierten Parteien zweitrangig werden lassen. Selbst während der Finanzkrise, als ökonomisch hoch umstrittene Fragen entschieden werden mussten, haben die etablierten Parteien im Europaparlament lieber untereinander Kompromisse auf der ökonomischen Dimension geschlossen, als die EU-Gegner und Populisten einzubinden. Koalitionen nach „österreichischem Vorbild“ wie zwischen ÖVP und FPÖ sind im Europaparlament deshalb auch nach 2019 eher unwahrscheinlich.

Kulturell links oder rechts?



Anmerkung: Die Punkte zeigen den gewichteten Durchschnitt für Wähler der Parteigruppierungen. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Fazit: Konflikt oder Konsens im neuen EU-Parlament?

Schlechte Repräsentation erzeugt Populismus. Im Umkehrschluss heißt das: Gute Repräsentation ist eine exzellente Strategie gegen Populismus. Aber gute Repräsentation ist in Demokratien kein einfaches Geschäft. Sie braucht in Demokratien die Zustimmung und Legitimitätszuschreibung der Repräsentierten. Fühlen die Menschen sich in der Vielfalt ihrer Interessen und Einstellungen nicht hinreichend repräsentiert, erzeugt das Unzufriedenheit und Demokratiekritik. Repräsentationsdefizite aktivieren und verursachen Populismus.

Populisten von Links und Rechts nutzen solche Repräsentationsdefizite dann für ihre Zwecke. Das prägt auch die Europawahl 2019. Sie profitieren dabei von den offenen Flanken der etablierten Parteien. Sie bringen die vermeintlich „wahren“ Interessen eines angeblich „homogenen“ Volkes gegen eine vermeintlich „korrupte und böse Elite“ in Stellung. Sie münzen empfundene Repräsentationsdefizite der Wähler in populistische Systemkritik gegen die EU und ihr demokratisches System um. Demokratieunzufriedenheit und EU-Skeptizismus

bleiben aber ihr einziger und größter gemeinsamer Nenner. In Sachfragen bleibt das populistisch-extreme „Anti-EU-Lager“ eine Fiktion: Links- und rechtspopulistische Wähler liegen in ihren Präferenzen in Sachfragen noch weiter auseinander als die etablierten Parteien des gemäßigten Links-Rechts-Spektrums.

Für das neue EU-Parlament bedeutet das: Konsensschancen und positive Mehrheiten erfordern „größere“ Koalitionen der etablierten Parteien als bisher. Ohne die populistisch-extremen Ränder, könnten positive Mehrheiten künftig den Konsens sozialistischer, links-alternativer, grüner und sozialdemokratischer bis hin zu den christdemokratischen und konservativen Parteien benötigen. Je stärker die populistisch-extremen Ränder werden, umso stärker zwingt das die etablierten Parteien zum Konsens in großen Koalitionsmehrheiten des gemäßigten Links-Rechts-Spektrums. Gelingt den etablierten Parteien dieser Brückenschlag nicht, führen negative Mehrheiten zu Selbstblockade und Stillstand in Europa. Je stärker die populistisch-extremen Ränder werden, umso wahrscheinlicher wird ein solches Szenario. Aber noch hat Europa die Wahl!

Autoren:



Prof. Dr. Cristóbal Rovira Kaltwasser
cristobal.rovira@mail.udp.cl

Prof. Dr. Cristóbal Rovira Kaltwasser ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universidad Diego Portales (UDP) in Santiago de Chile und Associate Researcher am Centre for Social Conflict and Cohesion Studies (COES).



Dr. Robert Vehrkamp
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81526

Dr. Robert Vehrkamp ist Senior Advisor im Programm „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung und derzeit Gastwissenschaftler der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).



Dr. Christopher Wratil
cwratil@fas.harvard.edu

Dr. Christopher Wratil ist John F. Kennedy Memorial Fellow am Minda de Gunzburg Center for European Studies der Harvard University und „Associate Member“ des Cologne Center for Comparative Politics an der Universität zu Köln.

Vi.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung · Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh · www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Robert Vehrkamp, Christina Tillmann

Redaktionsassistentin und Anfragen:
gaelle.beckmann@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81105

April 2019 | ISSN: 2197-5256

EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung

Der EINWURF ist ein Policy Brief des Programms »Zukunft der Demokratie« der Bertelsmann Stiftung. Er beschäftigt sich mit aktuellen Themen und Herausforderungen einer Demokratie. Schwerpunkte sind Fragen der politischen Teilhabe, der Zukunft von Parteien und Parlamenten, der Nachhaltigkeit demokratischer Politik sowie neue Formen der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung. Der EINWURF erscheint unregelmäßig in 6-8 Ausgaben pro Jahr.